

(Regie 1) -insofern bitte einfach die Mikrofone off halten und nur wenn Sie aufgerufen werden, einschalten. Vielen Dank.

(Regie 2) Sieht schon fast aus als wären Sie-.

(Markus Kerber) Guten Morgen, Frau Widmann-Mauz. Sie haben ja ein tolles Setup bei sich da drüben.

(Annette Widmann-Mauz) Ich-, Herr Kerber, ich höre Sie ganz schwach. Können wir den Ton ein bisschen lauter schalten?

(Markus Kerber) Ich habe Sie nur begrüßt und gesagt, Sie haben so ein tolles Setup. Zumindest von hier sieht es Klasse aus mit den vier Bildschirmen.

(Hubertus Heil) Annette, sieht so ein bisschen aus wie ein Fernsehladen.

(Annette Widmann-Mauz) Jetzt muss ich mal gucken-, du bist da hinten, jawohl. Alles klar. Nein. Ich freue mich sowohl-, den Hubertus habe ich heute Morgen ja schon gesehen, aber Herrn Kerber auch nur auf dem Bildschirm. Aber jetzt sind Sie für mich auch deutlich klarer erkennbar als vorher beim Fotoshooting. Aber alles gut. Ich freue mich sehr und vor allen Dingen natürlich unsere beiden Vorsitzenden zu sehen. Aber ich glaube, wir starten.

(Moderatorin) Ja, wir können live gehen. Ich begrüße Sie herzlich zu dieser Pressekonferenz anlässlich der Übergabe des Berichts der Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit an die Bundesregierung, und darf Ihnen die Damen und Herren auf dem Podium vorstellen. Vor Ort die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz. Digital zugeschaltet sind uns der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, und der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Doktor Markus Kerber. Alle drei haben die Fachkommission federführend begleitet. Von Seiten der Fachkommission selbst sind die beiden Vorsitzenden zugeschaltet, Derya Çağlar und Ashok Sridharan. Bevor wir loslegen mit den Statements, noch ein technischer Hinweis für die Kolleginnen und Kollegen, die digital heute teilnehmen. Sie können digital auch Ihre Fragen stellen über den Chat. Dafür haben Sie einen Link von uns zugeschickt bekommen. Wer diesen Link während der Pressekonferenz noch haben möchte, schreibt bitte an presse-integration@bk.bund.de, in der Presseeinladung vermerkt. Bitte denken Sie dran, wenn Sie Fragen stellen über den Chat, Ihren Namen und das Medium zu nennen, und die Stummschaltung aufzuheben. Wenn Sie nicht dran sind mit einer Frage, bitte ich, die Stummschaltung nicht zu vergessen, sonst haben wir hier Nebengeräusche. Und damit genug von mir. Wir legen los. Herr Sridharan, Sie haben das Wort.

(Ashok Sridharan) Ganz herzlichen Dank und einen guten Tag hier in dieser Runde. Die Bundesregierung hat die Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit vor zwei Jahren eingesetzt und herausragende Expertinnen und Experten für die Arbeit an dem Bericht gewinnen können. Die Arbeit in der Fachkommission war von dem gemeinsamen Willen der Mitglieder und der Geschäftsstelle geprägt, der Komplexität des Themas gerecht zu werden und diese im Bericht abzubilden. Daher empfehle ich nicht nur die Kernbotschaften und Empfehlungen Ihre Aufmerksamkeit, sondern dem gesamten Bericht. Die wichtigste Botschaft steckt bereits im Titel des Berichtes. Wir alle, Politik und Gesellschaft, können und müssen unsere Einwanderungsgesellschaft

gemeinsam gestalten. Dazu gehört in ganz vielen Bereichen nicht nur zu reagieren, sondern aktiv zu werden, Anreize zu setzen und zu steuern. Sei es bei der Frage, wie Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiver werden kann, sei es beim Zusammenleben in Städten und Gemeinden, oder bei der Bildung von Kindern und Jugendlichen. Dazu gehört aber auch, mit allen Konsequenzen zu leben, was es heißt, Einwanderungsland, Einwanderungsgesellschaft zu sein. Hier geht es darum, ein Wir-Gefühl zu entwickeln, und nicht mehr von zwei Seiten zu sprechen, sondern Vielfalt anzuerkennen. Es darf in diesem Kontext nicht vergessen werden, dass mehr als zwei Drittel der Eingewanderten bereits mehr als zehn Jahre hier leben, viele Familien sogar seit Generationen, und dass sie maßgeblichen Anteil am Aufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg hatten. Es braucht viel mehr als den Blick auf kurzfristige Entwicklung. Integration ist ein wechselseitiger und langfristiger Prozess. Und sie betrifft keineswegs nur diejenigen, die vor kürzerer oder längerer Zeit nach Deutschland gekommen sind oder deren Nachkommen, sondern alle hier lebenden Menschen. Das stellt der nun vorliegende Bericht dar. Ich wünsche mir, dass die Bundesregierung und der Bundestag mit der gleichen Offenheit die Inhalte des Berichts diskutieren, wie dies in der Fachkommission der Fall war. Die Mitglieder der Fachkommission stehen für Rückfragen und Diskussion gerne zur Verfügung. Hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen der Fachkommission sind mir als ehemaliger Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn natürlich die zahlreichen Empfehlungen besonders wichtig, bei denen es um die Stärkung der Kommunen geht. Denn dort wird Integration gelebt. Vielen Dank.

(Moderatorin) Vielen Dank. Frau Çağlar.

(Derya Çağlar) Vielen Dank. Auch von mir einen wunderschönen guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich freue mich sehr, dass wir den Bericht der Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit heute an die Bundeskanzlerin und an die Bundesregierung übergeben konnten. Die Kommission profitierte von der breiten fachlichen Expertise und den praktischen Erfahrungen ihrer Mitglieder. Nach vielen konstruktiven und arbeitsintensiven Beratungen ist es der Kommission gelungen, den vorliegenden Bericht fertig zu stellen. Das Thema Integration wird den Weg unserer Gesellschaft auch in Zukunft weiterhin in vielfältiger Art und Weise prägen und begleiten. Es ist wichtig, dass wir mit neuen Perspektiven auf die uns bekannten Herausforderungen der Integration blicken. Der Bericht enthält durch seine breite Expertise aus Wissenschaft und Praxis, aus verschiedenen Fachrichtungen neue Erkenntnisse und eine Fülle von Empfehlungen für die zukünftige Integrationsarbeit. Einige davon erfordern einen langen Atem, beziehungsweise brauchen eine langfristige Strategie, etwa wenn es um die Frage geht, wie wir gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, oder darum, wie wir Einwanderung künftig gestalten. Dann gibt es aber noch viele Empfehlungen zu den einzelnen Fachpolitiken oder für Veränderungen, bei denen gar nicht so viele Stellschrauben bewegt werden müssen. Trotzdem machen diese Kleinänderungen im Leben von einzelnen Personen manchmal eine Menge aus. Bei mir ist das zum Beispiel mit dem Begriff Migrationshintergrund der Fall. Die Fachkommission empfiehlt hierzu zweierlei. Der Begriff hat ja zum einen eine statistische Funktion. So und so viele Personen werden damit erfasst nach den und den Kriterien. Erstens bedürfen diese Kriterien eine Überarbeitung, wozu die Fachkommission im Bericht Vorschläge macht. Zweitens empfiehlt die Fachkommission den Begriff Migrationshintergrund auch gar nicht mehr zu verwenden. Beides zusammen würde dann in meinem Fall bedeuten, ich bin nicht mehr die Migrantin, sondern einfach eine Tochter oder Nachkommen von Eingewanderten. Ich bin hier auch selbst nicht eingewandert, sondern bin hier geboren. Und meine Kinder, die nach der jetzigen Definition noch

einen Migrationshintergrund hätten, sind dann einfach nur noch Deutsche. Mein Wunsch und meine Erwartung ist, dass der Bericht und die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen und Anregungen in den zuständigen Gremien des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung beraten, in den jeweiligen Arbeitsbereichen aufgenommen, und bei Neuregelungen berücksichtigt werden. Natürlich auch und unter Hinzuziehung der staatlichen Institution und den zivilgesellschaftlichen Organisationen. Vielen Dank.

(Moderatorin) Vielen Dank. Staatsministerin Widmann-Mauz.

(Annette Widmann-Mauz) Ich danke sehr herzlich der Fachkommission und ihren beiden Vorsitzenden Derya Çağlar und Ashok Sridharan für die geleistete Arbeit. Wir hatten die Kommission ja im Koalitionsvertrag vereinbart, und nach zwei Jahren intensiver Bearbeitung und Beratung legt sie heute ihren Bericht vor. Der Bericht, er kommt zur rechten Zeit. Die Ereignisse in den Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Sturm aufs Kapitol, die Corona-Pandemie mit ihren Herausforderungen für den Alltag der Menschen, aber auch die Verschwörungstheorien und die Suche nach Sündenböcken entlang von Herkunft und Religion. Das alles zeigt, Demokratie, Zusammenhalt und der Respekt im Umgang miteinander, sind herausgefordert wie nie zuvor im 21. Jahrhundert weltweit, in Europa und auch in Deutschland. Und umso wichtiger sind die Vorschläge der Kommission für das Miteinander in unserem Land. Ja, schon der Titel des Berichts ist eine bewusste, ja lassen Sie mich sagen, eine selbstbewusste Ansage. Wir sind Einwanderungsgesellschaft. Das war Deutschland schon immer. Das ist Realität. Und das bringt-, birgt Chancen und Herausforderungen. Aber wir können Integration mutig gestalten. Damit die Chancen überwiegen. Damit unsere Vielfalt von der Realität zur Normalität wird. Und das verlangt von allen etwas ab. Weil Integration eine Entscheidung ist. Eine Entscheidung, zu der beide Seiten ja sagen. Die neu hinzugekommenen und die, die immer schon hier einheimisch waren. Eine Entscheidung, die aktiv getroffen werden muss. Durch den Staat, der Angebote macht und Teilhabe fördert, und durch jeden und jede Einzelne, die die Angebote dann auch wahrnehmen, aktiv teilnehmen. Also teilhaben und teilnehmen. Das ist unser Anspruch für Deutschland. Und das ist das Gerüst, das unsere vielfältige Gesellschaft stützt und das für das Gelingen von Integration sorgt. Dafür ist wichtig, dass wir Integration neu denken, von Migration abkoppeln und unsere Maßnahmen auf den Bedarf statt auf die Herkunft ausrichten. Das hat die Kommission für alle Bereiche hervorragend durchdekliniert. Vom Deutschlernen, über einen guten Bildungsweg bis zu Arbeit finden. Wer Unterstützungsbedarf hat, der muss ihn bekommen und mitmachen, ob eingewandert oder nicht. Spezifische Bedarfe darf es dann und kann es trotzdem geben. Etwa, wollen ja viele eingewanderte Frauen arbeiten, aber setzten diesen Wunsch wegen Hürden oft zu selten um. Und deshalb braucht es und geht es auch um gezielte Unterstützung. Lassen Sie mich drei Vorschläge der Kommission herausgreifen, die ich besonders interessant und wichtig finde, und sie stehen aus meiner Sicht auch für das neue, breitere, und zugleich differenziertere Integrationsverständnis. Frau Çağlar hat das bereits angesprochen. Die Fachkommission schlägt vor, den Begriff Migrationshintergrund zu ersetzen. Er wurde vor rund 15 Jahren in die Statistik eingeführt und seitdem hat sich unsere Gesellschaft verändert. Der Begriff umfasst mittlerweile viele sehr unterschiedliche Gruppen. Das schmälert seine Aussagekraft. Wir brauchen aber ein zeitgemäßes, wissenschaftliches Instrument, um den Herausforderungen und Entwicklungen in der Integration besser gerecht werden zu können, und sie auch messbarer zu machen. Dazu kommt, viele der 21 Millionen Menschen fühlen sich durch diesen Begriff nicht abgebildet. Als würden sie nie zu 100 Prozent dazu gehören. Als stünde dieser Hintergrund immer im Vordergrund.

Deshalb ist es gut, dass wir jetzt eine Diskussion beginnen, wie wir diesen Begriff ablösen können. Die Fachkommission hat dafür einen Vorschlag gemacht und damit eine gute Grundlage für diese Diskussion gelegt mit dem Begriff Eingewanderte und ihre Nachkommen. Wir können einen solchen Begriff nicht über Nacht in den Statistiken ersetzen. Aber ich finde, wir können es uns für die Zukunft vornehmen. Lassen Sie mich einen zweiten Bereich ansprechen. Die Fachkommission spricht ein Deutschsein im 21. Jahrhundert an, das für alle anschlussfähig, aber niemals beliebig ist. Ein Deutschsein, das Vielfalt und Einwanderungsgeschichten akzeptiert, aber gemeinsame Regeln und Werte respektiert. Dazu gehören das Grundgesetz, die Werte Einigkeit, und Recht und Freiheit. Dazu gehört Sprache und unsere historische Verantwortung auch für zwei Weltkriege und die Shoa. Und ein dritter Bereich, den ich spannend finde, ist, wir brauchen eine neue Kultur der Einbürgerung. Denn es darf keine Staatsangehörigkeit light oder Bürger zweiter Klasse geben. Wer hier lebt und die Bedingungen erfüllt, soll Deutsche und Deutscher sein. Mit allen Rechten, mit voller Partizipation. Und deshalb müssen wir sicher mehr dafür tun, dass sich Menschen einbürgern lassen. Wir müssen dazu mehr aufklären, mehr werben und ja, dazu gehört auch das klare Bekenntnis, wir wollen, dass ihr dazu gehört. Werdet Deutsche. Sie sehen, allein drei Bereiche, die Lust machen, diesen Bericht zu lesen, die Empfehlungen zu diskutieren und dieses Thema zu vertiefen. Ich danke sehr herzlich der Fachkommission für ihre wertvollen Vorschläge. Sie liefern wichtige Impulse für die weitere Diskussion. Vielen Dank.

(Moderatorin) Vielen Dank. Bundesminister Heil.

(Hubertus Heil) Liebe Frau Kollegin Annette Widmann-Mauz, sehr geehrter Staatssekretär Markus Kerber, liebe Derya Çağlar, sehr geehrter Herr Sridharan, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Titel dieses Kommissionsberichts erinnert mich an eine Übersetzung dieses Mottos. Es geht ja im Kern um Einheit in der Vielfalt. Und gerade in diesen Corona-Zeiten erleben wir, wie wichtig Einheit in der Vielfalt ist im Sinne vom Zusammenhalt und Teilhabe. Vielleicht wird ein neu gewählter amerikanischer Präsident heute im Englischen von Unity und Diversity sprechen. Was mir allerdings einfällt ist ein deutscher Bundespräsident, nämlich Johannes Rau, der uns eigentlich für die Gestaltung dieser Aufgabe von Integration ein gutes Motto mitgegeben hat. Nämlich die Aufgabe ohne Angst, aber ohne Träumerei anzugehen. Und ich bin der Kommission sehr, sehr dankbar, dass sie in diesem Geist ihre Arbeit geliefert hat mit sehr, sehr konkreten Handlungshinweisen. Ich danke also den Kommissionsmitgliedern, den Vorsitzenden ganz, ganz herzlich, dass sie uns konkrete Handlungshinweise für Rahmenbedingungen im Sinne von Integrationsfähigkeit und von Integration geliefert haben. Mir ist sehr bewusst, dass es für die Kommission in letzten zwei Jahren eine harte Aufgabe war. Nicht nur weil sie selbst sehr divers zusammengesetzt ist, sondern weil natürlich auch technisch in letzten Monaten es unter Corona-Bedingungen sehr, sehr schwierig war. Und weil sie unter großer, auch öffentlicher Wahrnehmung standen in ihren Prozessen. Und das haben sie wunderbar geliefert. Und ich bedanke mich bei allen Mitgliedern der Kommission. Auch bei denjenigen, die in der Öffentlichkeit während ihrer Arbeit sehr kritisch beurteilt wurden und beobachtet wurden. Ich bedanke mich vor allen Dingen auch bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die wirklich mit konkreter Evidenz zu guten Empfehlungen beigetragen haben. Lassen Sie mich als Arbeits- und Sozialminister ein paar Bemerkungen zu den Handlungsempfehlungen machen. Das erste betrifft natürlich das Thema der Arbeitsmarktintegration in Deutschland. Weil Arbeit für die meisten Menschen, egal welcher Herkunft, mehr ist als Broterwerb. Es ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es ist Kolleginnen und Kollegen zu haben. Es ist was zu leisten. Es ist

tatsächlich ein wichtiger Ort der Integration, die Arbeit. In letzten Jahren haben wir in der Arbeitsmarktintegration sehr, sehr große Fortschritte gemacht. Wir müssen allerdings tagesaktuell und in diesen Monaten aufpassen, dass die Erfolge der vergangenen Jahre, auch durch die konkrete Krise im Sinne der Wirtschaftskrise, die Corona auch für den Arbeitsmarkt bedeutet, nicht dauerhaft zurückgeworfen werden. Es sind gerade Menschen mit Einwanderungsgeschichte, oder wie man noch vor ein paar Tagen sagte, mit Migrationshintergrund, die während der Pandemie überdurchschnittlich auch von neuer Arbeitslosigkeit betroffen sind. Bei den Beschäftigten mit ausländischer Herkunft lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2020 bei 14,1 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt von 4,7 Prozent am Arbeitsmarkt. Besonders stark betroffen sind diejenigen, die in vielen Bereichen, vor allen Dingen Dienstleistungsberufen arbeiten. In den Bereichen, die gerade besonders betroffen sind. Ob im Reinigungsgewerbe in Restaurants oder Hotels. Und wir müssen auch feststellen, dass viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte zum Beispiel in Minijobs arbeiten, die unzureichend abgesichert waren, für die zum Beispiel Kurzarbeit im Moment nicht möglich war. Genauso wie für die Menschen, die als Geflüchtete in den letzten Jahren zu uns gekommen sind. Und was mir ein bisschen Sorge macht, ist im Moment die Situation am Ausbildungsmarkt. 2020 haben im Vergleich zum Vorjahr rund ein Viertel, also 23 Prozent, um genau zu sein, weniger eine Ausbildung angetreten als im Vorjahr. Das ist nicht die Schuld der Menschen, sondern ist die Schuld der wirtschaftlichen Situation. Und wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht dauerhaft Corona-Jahrgänge produzieren, sondern jungen Menschen Chance, egal welche Herkunft, geben auf Ausbildung, damit auf gute Arbeit und selbstbestimmtes Leben. Aber, und das habe ich ja auch deutlich gesagt, Menschen mit Einwanderungsgeschichte profitieren natürlich insgesamt auch von den sozialstaatlichen Maßnahmen. Auch von Kurzarbeit, um dauerhafte Rückkehr von Massenarbeitslosigkeit nach Deutschland zu verhindern und dafür zu sorgen, dass die Erfolge, die wir in den letzten Jahren bei der Arbeitsmarktintegration haben, wir mit größerem Tempo nach dieser Krise auch fortsetzen können. Die zweite Bemerkung betrifft das Thema der Fachkräfteeinwanderung. Auch das hat Corona wie ein Brennglas deutlich gemacht. Wir brauchen in vielen Bereichen qualifizierte Fachkräfte. Deshalb müssen wir alle Fachkräftepotentiale im Inland heben. Aber gleichzeitig brauchen wir ergänzende Fachkräfteeinwanderung aus dem europäischen Ausland und auch aus sogenannten Drittstaaten. Wir leben das nicht nur in Krankenhäusern und in der Privaten Pflege. Wir leben es auch auf Baustellen und in vielen Bereichen des Handwerks. Wir verdanken denjenigen, die das schon hinter sich haben, unglaublich viel, was die gesamt- wirtschaftliche Leistung betrifft. Wir brauchen, und das ist auch ein Signal Ihrer Kommission auch zukünftig, kluge Köpfe und starke Arme, auch aus anderen Teilen der Welt. Deshalb ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Herr Kerber, das wir intensiv verhandelt haben in dieser Legislaturperiode, aus meiner Sicht ein riesiger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fortschritt. Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir in diesem Bereich auch keinen verzerrten Blick bekommen auf die letzten Corona-Monate. Denn aufgrund der eingeschränkten Mobilität weltweit ist es im Moment nicht so, dass wir riesige Zahlen da berichten können. Aber ich bin mir sicher, dass wir positive Erfahrung mit diesem Fachkräfteeinwanderungsgesetz machen werden. Zweitens-, drittens, das Thema Aus- und Weiterbildung. Ich habe vorhin davon gesprochen, dass wir schneller und besser integrieren müssen am Arbeitsmarkt. Und dazu gehört auch die Situation von Geflüchteten, die frühzeitig einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben müssen. Sie sprechen sehr stark an das Thema Sprache, das Thema Aus- und Weiterbildung und Qualifikation. Und dazu haben wir aktuell zusätzlich ein paar Maßnahmen ergriffen. Aber vor allen Dingen haben wir für alle in diesem Land die Chance geschaffen, auch im Zweifelsfall das Nachholen eines

Berufsabschlusses zu fördern und die Ausbildungsförderung für Geflüchtete und EU-Bürgerinnen und Bürger geöffnet. So ist es möglich, dass jetzt zugewanderte Azubis bei Sprachproblemen oder Lücken in der Fachtheorie mit ausbildungsbegleitenden Hilfen unterstützt werden können. Ich halte das für einen ganz zentralen Schritt. Ich will auch erwähnen, die Arbeitsbedingungen in Deutschland für Menschen, die aus anderen Teilen der Welt oder aus anderen Teilen Europas bei uns arbeiten. Und auch da hat die Corona-Krise gezeigt, dass es da Licht gibt und Schatten. Und Schatten ist schonungslos zum Beispiel das, was wir in der Fleischindustrie erlebt haben mit Menschen vor allen Dingen aus Mittel- und Osteuropa, aber auch aus anderen Ländern, die bei uns tatsächlich ausgebeutet wurde. Wo Recht und Gesetz mit Füßen getreten wurden und wo wir mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz tatsächlich nachgeschärft haben. Auch das ist für mich ein wichtiges Signal, dass alle Menschen, die in Deutschland arbeiten, egal welcher Herkunft, tatsächlich nicht als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschiedener Klassen eingeteilt werden. Zum Schluss meine Damen und Herren ja, und das ist heute fast selbstverständlich und was für ein Fortschritt nach über 40, 50, 60-jähriger Debatte, ist Deutschland ein Einwanderungsland. Ich bin alt genug mich zu erinnern, wie lange diese Realität in Deutschland geleugnet wurde. Und ich sage das deshalb, weil dieses Jahr ein besonderes Jubiläum feiert. Nämlich die Tatsache, dass wir 60 Jahre Anwerbeabkommen in diesem Jahr begeben. Vor 60 Jahren gab es die erste Übereinkunft mit Italien, und es sind weitere gefolgt, zur Anwerbung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus anderen Staaten. Die sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter. Wir alle und Sie alle können den Satz fast gar nicht mehr hören, aber er stimmt ja nach wie vor. Nämlich der Satz von Max Frisch: „Wir riefen Arbeitskräfte, aber es kamen Menschen.“ Man hat Integration weder angeboten noch verlangt. Ich habe vor ein paar Wochen in einer Veranstaltung mit Zeitzeugen, mit denjenigen, die das sind, mit Menschen aus Italien, die in Wolfsburg angekommen sind und bei Volkswagen gearbeitet haben, gesprochen. Ich habe seitens der Bundesregierung auch deutlich gesagt, dass wir nicht nur Dankbarkeit schulden, die-, denjenigen, die hier das Land mit aufgebaut haben. Sondern uns auch entschuldigen müssen dafür, was in der deutschen Gesellschaft damals mit ihnen passiert ist. Man hat sie als Arbeitskräfte gesehen, aber nicht als Menschen. Wir haben als Gesellschaft, und das hat sehr, sehr lange-, daraus gelernt. Aber wir dürfen in diesem Geist nicht nachlassen und in diesem Zusammenhang nach 65 Jahren genau Anwerbeabkommen, ich habe vorhin 60 Jahre gesagt-, ist es so, dass Deutschland aus meiner Sicht in einer Zeit ist, einen neuen Aufbruch zu machen beim Thema Integration. Und dafür hat diese Kommission gute Vorschläge gemacht und dafür bin ich für meinen Bereich und auch für die Bundesregierung sehr, sehr dankbar.

(Moderatorin) Vielen Dank. Staatssekretär Kerber bitte.

(Markus Kerber) Vielen Dank. Liebe Frau Çağlar, lieber Herr Sridharan, liebe Frau Widmann-Mauz, lieber Herr Bundesminister Heil, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch ich will zunächst mal beginnen mit dem Dank, und zwar Dank an die 25 Mitglieder der Kommission. Am Schluss waren es dann 24. Aber an alle, die vor 2 Jahren diese Reise begonnen haben und die es im schwierigen Jahr 2020, als die Pandemie sehr schnell dieses Gremium auch hätte sprengen können, weil die Möglichkeit für das analoge Treffen, für den menschlichen Austausch, für das Abgleichen, für das, für das Bereden von Einzelfacetten um einen Kaffee herum und ähnliches, nicht mehr möglich war. Und diese Kommission hat aber punktgenau geliefert und einen wichtigen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag erfüllt. Nämlich den, den Annette Widmann-Mauz vorher schon genannt hat. Dass eine Fachkommission über 20 Jahre nachdem die erste unabhängige Kommission Zuwanderung unter Vorsitz von Professor Rita Süßmuth erstmalig das

schwierige und umfangreiche und komplexe Feld der Integration untersucht hat, einen neuen Vermessungsversuch zu unternehmen, diesen pünktlich abgeliefert und dafür gebührt allen Mitgliedern und allen Arbeitern und Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle heute zunächst einmal ein ganz, ganz großer Dank. Ich kenne jetzt den Bericht in seiner gedruckten Form seit 48 Stunden. Ich habe ihn gelesen. Sie können hier meine ganzen Fläggchen und Fähnchen sehen und ich kann gerade den Medienvertretern nur wärmstens empfehlen, diesen Bericht zu lesen. Weil er auf seinen 240 Inhaltsseiten einen Fundus an Erkenntnissen, an Handlungsempfehlungen enthält, der der Komplexität dieses Querschnittsthemas Integration und Integrationsfähigkeit in unserer Gesellschaft gerecht wird. Es wird entgegen anders lautender Meldungen kein Aspekt ausgelassen in diesem schwierigen Thema. Und ich glaube, die Empfänger, nämlich Bundesregierung und vor allem Bundestag, werden sehr viel aus diesem Bericht ziehen können. Wir werden ihn jetzt lesen, wir werden ihn prüfen, wir werden das abgleichen mit der praktischen Arbeit, die in den letzten Jahren geleistet wurde, und ich bin mir sicher, dass dieser Bericht Impulse setzen wird. Im legislativen, im parlamentarischen Bereich, genauso wie im exekutiven und vielleicht am aller wichtigsten, im Bereich der Gesellschaft. Also bei all den Menschen und Organisationen draußen in diesem Land, die sich um dieses Thema tagtäglich kümmern. Lassen Sie mich deswegen auch einen Punkt, bevor ich ein paar inhaltliche Dinge nenne, vorweg nehmen. Ich habe den Bericht wirklich von vorne bis hinten gelesen. Und ich war entspannter als ich es noch vor einer Woche schon war. Die sogenannten abweichenden Meinungen sind eigentlich weiterführende, ergänzende Meinungen. Da gibt es keinen Konflikt. Und Sie schreiben zurecht auf Ihrer Seite 18, und das fand ich wirklich eine der wichtigsten Aussagen. Wie bei allen Fachkommission kann man nicht immer bei allen Facetten einer Meinung waren. Aber in der Richtung, in der Grundauslegung, geht es alles in eine Denkschule. Und das halte ich auch für wichtig. Dass sich die Kommission einig war. Und hier gilt das, was Bundesminister Heil gerade sagte in Bezug auf das Motto des amerikanischen Staates: E pluribus unum. Manchmal ist man sich in der Vielfältigkeit einiger, als es, als es den Anschein haben mag. Ich bin den Autoren, ich bin den Mitarbeitern, ich bin den Köpfen dieser Kommission sehr, sehr dankbar. Allein wenn man die Kernbotschaften durchgeht, sie lassen wirklich kein Thema aus. Und ausgehend von dem sehr einführenden Kapitel Dynamiken der Einwanderungsgesellschaft. Dieses Kapitel zeigt noch mal ganz deutlich das, was auch Herr Bundesminister Heil gesagt hat. Die lange Tradition der Arbeitszuwanderungen, Einwanderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die diese Republik geprägt hat. Ich glaube sowohl Frau Widmann-Mauz als der Bundesminister als auch ich, wir entstammen alle drei der Generation, die zum ersten Mal am-, in der Grundschule und nachher an den weiterführenden Schulen Kinder mit anderen Namen neben sich sitzen hat. Das waren die sogenannten Gastarbeiterkinder. Die kamen bei mir in meiner Schulklasse in Süddeutschland vornehmlich aus Griechenland, aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei. Das heißt, für uns war das ganz normaler Alltag im Sport in der Schule, dass Kinder, Mädchen und Jungs, aus Familien der Gastarbeiter mit uns die, die Kultur geprägt haben. Und es gibt dieses Kapitel sehr gut wieder. Und auch der Umfang des Kapitels zeigt, zwei Drittel befassen sich mit dieser großen, großen, langen, über Dekaden sich erfassenden Zuwanderung, die vor allen Dingen von Menschen stammte, die die Arbeit suchten. Bis dann vornehmlich ab den 90-er Jahren, ab den 00-er Jahren, stärker Menschen zu uns kamen, die Schutz suchten. Und das muss man ja auch berücksichtigen in unserer Gesellschaft. Wie stark unsere Einwanderung und Zuwanderung von anderen Dynamiken geprägt war als die klassischer Einwanderungsländer wie die USA, Kanada, Neu Seeland oder Australien, die von vornherein eine sehr einschneidende Selektion gemacht haben und sagten, wir lassen nur

Menschen in unser Land, die Arbeit suchen. Deutschland hat immer beides gemacht. Und das würdigt dieser Bericht auch. Und ich glaube, die Integrations- und Migrationspolitik nach vorne gehend muss diese beiden Aspekte auch immer abwägen. Und allein schon die dritte Kernbotschaft auf der Seite acht sagt, "Zielkonflikte zwischen Asyl und Integrationspolitik müssen anerkannt und so weit wie möglich reduziert werden". Weil wenn man das dazugehörige Kapitel liest, hat man eine Ahnung, wie spannungsreich diese Diskussionen in diesem ethisch und menschlich schwierigen Feld für Sie waren. Ähnlich wie sie bei uns in der administrativen Politik sind, wenn wir, wie jetzt in den abgelaufenen Ratspräsidentschaft probieren, ein europäisches Asylsystem und Asylrecht hinzubekommen. Da ist die bundesrepublikanische Gesellschaft nicht anders als die, als die europäischen Gesellschaften. Ein letzter Punkt. Herr Bundesminister Heil hat es auch erwähnt. Wie hoch die Anerkennung der Integrationsleistung über Arbeit gerade in der deutschen Gesellschaft funktioniert. Wir haben Zustimmungsraten quer über alle Politik-, über fast alle Bevölkerungsschichten zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz von 80 Prozent. Das heißt, die deutsche Gesellschaft hat bei der Arbeitsmigration intuitiv erkannt, dass sich dieses System bewährt. Und das kommt auch in dem Bericht zutage, wie stark der Faktor Arbeit, wie stark der Faktor Wirtschaft zu einer gelingenden Integration beiträgt. Und die Handlungsempfehlungen, die Sie hier geben, zum Teil an die Unternehmen und Unternehmensverbände, zum Teil aber auch an die Zivilgesellschaft. Auch in dem Bereich Schule und Bildung und Spracherwerb sind sicherlich wichtig. Und so schließe ich mit der dringenden Bitte an alle Vertreten der Medien, die jetzt zugeschaltet sind. Nehmen Sie sich die Zeit, diesen Bericht in Gänze zu lesen. Das dauert ein paar Stunden, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Aber es ist eine extrem interessante und weiterführende Lektüre. Und auch die zwei, drei Kapitel mit den sogenannten, mit den sogenannten abweichenden Meinungen, stellen eigentlich nur schon die nächsten Hausaufgaben wieder dar. Und da bin ich zum Beispiel dem Herrn Löwel dankbar, wenn er sagt: „Wir brauchen noch weiterführende Kreise mit der Politik, die sie noch stärker mit kommunalen Trägern der Integrationspolitik mit Praktiken auseinandersetzt.“ Also abschließend Bewertung aus dem Bundesinnenministerium, ein sehr wertvoller Bericht. Wir werden ihn in Gänze jetzt analysieren. Und auch das noch ganz zum Schluss. Diese Kommission hat sehr unabhängig gearbeitet. Ich hatte bis vor 48 Stunden diesen Bericht nicht und nur so können Kommissionen auch arbeiten, wenn sie ihre Unabhängigkeit ausnutzen und sich nicht um öffentliche Diskussionen oder Ähnliches scheren. Deswegen Frau Çağlar, Herr Sridharan, stellvertretend für alle anderen, einen herzlichen Dank, wie hochdiszipliniert Sie das gemacht haben und wie wenig Sie sich von allen externen Faktoren jeglicher Art haben irritieren lassen. Meine Anerkennung dafür. Herzlichen Dank.

(Moderatorin) Vielen Dank. Wir steigen jetzt ein in die Fragerunde. Die erste Frage kommt digital von Frau Dernbach, Tagesspiegel. Frau Dernbach, Sie haben das Wort.

(Frau Dernbach) Vielen Dank. Frage an wen auch immer, wer auch immer sich berufen fühlt. Es war ja ausdrücklich Auftrag der Kommission, und fast alle haben das auch betont, dass Integration beide Seiten betrifft. Wir haben jetzt aber in erster Linie gehört, oder nichts Genaueres gehört-, das hätte mich interessiert-, welche Ergebnisse denn die Kommission für die Seite der Alteingesessenen, der Leute ohne den jetzt obsolet Migrationshintergrund, ergeben hat?

(Moderatorin) Ich schaue in Richtung Podium. Vielleicht die Vorsitzenden der Fachkommission?

(Ashok Sridharan) Dann, vielen Dank für die Frage, Frau Dernbach. Dann antworte ich mal. Wir können uns jetzt hier, weil das online ist, schwer abstimmen, ob Frau Çağlar oder ich darauf antworten. Aber liebe Derya, du darfst natürlich gerne ergänzen. Wir haben uns schon sehr auch mit dieser Thematik befasst, wie es ist mit den Menschen, die schon seit vielen, vielen Jahren hier leben, eventuell schon seit Jahrhunderten. Aber eben auch die, die seit vielen Jahrzehnten hier leben. Und Herr Minister Heil und Herr Doktor Kerber haben es, glaube ich, auch beide zum Ausdruck gebracht. Bereits in den, in den Empfehlungen, beziehungsweise in den Kernbotschaften ist enthalten, dass es natürlich da auch zu Konflikten kommen kann in bestimmten Bereichen. Und diese müssen gelöst werden. Und die Lösung ist aber nur gemeinsam denkbar. Deswegen war es mir auch wichtig, in meinem kurzen Statement, darauf hinzuweisen, dass wir das gemeinsam gestalten müssen. Und mit gemeinsam meine ich eben nicht nur das parteiübergreifend und Ebenen übergreifend, was die Verantwortlichkeit in der öffentlichen Hand angeht. Sondern gemeinsam mit der Gesellschaft, und zwar mit der Gesellschaft, die schon seit Jahrhunderten hier ist und mit der Gesellschaft, die jetzt neu dazu gekommen ist. Derya möchtest du vielleicht ergänzen?

(Moderatorin) Das sehe ich nicht. Möchte jemand anderes ergänzen? Sehe auch niemand. Gibt es weitere Fragen?

(Hubertus Heil) Ich hätte vielleicht noch-, ich habe vielleicht noch eine Fundstelle, wenn ich ergänzen darf, aus Ihrem Bericht, wenn Sie erlauben. Frau Dernbach, ich verweise mal ganz klassisch auf die Handlungsempfehlung in der Zusammenfassung 13. Da geht es um das heiße Thema Rassismus, Hass, Kriminalität und Terrorismus, die die Substanz unserer offenen Gesellschaft tatsächlich gefährden. Ich glaube, das ist wohl auch in anderem Zusammenhang in der Bundesregierung, dass es ein großes Thema ist. Das ist natürlich eine Angelegenheit, die an alle geht. Die, die hier sind, die seit Jahrhunderten Vorfahren in diesem Land hatten, oder die, die gekommen sind. Dass es auch so unterschiedliche Betroffenheiten, sind eine gemeinsame Herausforderung für Staat und für Gesellschaft. Für Staat und für Gesellschaft. Und wir haben in den letzten Jahren auch im Extremfall-, Herr Kerber wird das bestätigen-, mit ganz furchtbaren Terroranschlägen erlebt im Sinne von Antisemitismus, aber auch von anderen terroristischen Aktivitäten. Von Diskriminierung. Dass wir ein handfestes Problem in dieser Gesellschaft haben, das wir gemeinsam als Staat und Gesellschaft beantworten müssen. Und die Spaltung unserer offenen Gesellschaften durch vor allen Dingen rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien ist ja seit Jahren ein Thema auch im Zusammenhang, sagen wir das offen, der Diskussion um die Entwicklung seit 2015. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass Sie uns diese Handlungsempfehlung gegeben haben. Und das gilt für Eingeborene und Zugewanderte.

(Moderatorin) Vielen Dank, Bundesminister Heil.

(Markus Kerber) Vielleicht ein Punkt darauf aufbauend, wenn ich darf.

(Moderatorin) Gerne.

(Markus Kerber) Ich glaube, die, die Handlungsempfehlung vier wäre ein, und das ganze dahinterliegende Kapitel, wäre noch mal für Frau Dernbach ein, ein kleiner Fingerzeig. Dass Integration als Daueraufgabe. Das wird jetzt in der Kernbotschaft auf der Seite neun ein bisschen verkürzt. Im eigentlichen Kapitel wird es dann deutlicher. Redet relativ offen über die Dauer und die Schwierigkeiten in der Anpassung, wenn, wie wir das früher so schön gesagt haben, Neusassen auf Altsassen treffen. Und da

auch in der Kernbotschaft zwei wird ja noch mal darauf verwiesen, dass die Risiken einer vielgestaltigen und vielfältigen Gesellschaft auch darin liegen, dass es soziale, politische und kulturelle Konflikte gibt. Das ist jetzt in den Kernbotschaften vielleicht alles stark verkürzt. Aber das spielt genau darauf an, dass das eigentlich ein gesellschaftlicher Prozess ist, der lange dauert, der von vielen gegenseitige Toleranz abverlangt. Und Frau Widmann-Mauz hat ja auch darauf verwiesen, etwas mit Identitäten und Zugehörigkeitsgefühl zu tun hat. Und deswegen, ohne das jetzt zu komplex zu machen, ist der Punkt, der auch Frau Widmann-Mauz aufgeworfen hat, den wir ja hier im Ministerium genau so sehen, einer der zentralen. Diejenigen, die in diese Gesellschaft kommen und die hier bleiben dürfen und wollen, und sich einbürgern lassen wollen. Die dann Bürger und auch rechtlich Teil dieser Gesellschaft im Bürger- und Staatsangehörigkeitssinne werden. Die brauchen dieselben Teilhabechancen, wie alle anderen auch. Sonst wird sich immer ein, ein Gefühl der Zweitklassigkeit oder der Nachrangigkeit ergeben. Und gleichzeitig, und dann schließe ich, haben wir wieder den Zielkonflikt auf drei und das ist ein mutiges Statement, was hier steht. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen ist sich die Fachkommission grundsätzlich darüber einig, dass ein funktionierendes Asylsystem zwischen Personen mit und ohne Schutzbedarf unterscheiden muss und folglich bei der Ablehnung von Asylanträgen auch Rückführungen notwendig sind. Ich kann mir vorstellen, wie schwer es war, einen solchen Satz zu formulieren, der das ausdrückt, was wir ja seit 2015 spüren, was wir peu à peu als Bundesregierung auch mitgliedern wollen. Und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz war ein großer Schritt. Dinge wie Ausbildungsduldung und ähnliches auch. Dass wir dort, wo es möglich ist, jemand, der bleiben möchte, das möglich machen. Derjenige, der aber unter falschen Voraussetzungen gekommen ist und diese verwaltungsrechtlich nicht anerkannt bekommt, eben nicht in, in dieser Gesellschaft bleiben kann. Das ist ein schwieriger Konflikt, aber wäre vermessen vom Innenministerium, das heute nicht zu nennen. Die Kommission drückt sich hier nicht und erweist auch hier ein, ein Offenheitsgrad, den man einfach nur dankend anerkennen muss. Aber um Ihre Frage letztlich zu beantworten, Frau Dernbach, in diesem Bericht steht enorm viel an vielen Stellen, wie groß der Aufgabenbedarf auch in der Aufnahmegesellschaft ist und er formuliert an mannigfaltigen Stellen Aufgaben und Rollenzuweisungen des Staates, Programme, Wohnungsbau, Schulressourcen ausweiten und er verschweigt gleichzeitig nicht, dass es bei all diesen Ressourcen vor allem Verteilungskonflikte gibt. Also bitte, alle 240 Seiten in Ruhe lesen, er lässt keine Frage unbeantwortet.

(Moderatorin) Vielen Dank. Staatsministerin Widmann-Mauz.

(Annette Widmann-Mauz) Ich will vielleicht ganz kurz ergänzen. Ich glaube, die Antwort liegt in dem umfassenden Integrationsbegriff, den uns der Bericht und die Kommission vorschlägt. Umfassend dahingehend, dass wir stärker differenzieren. Wo rühren die Ursachen für Konflikte in unterschiedlichen Einwanderergenerationen her? Sind sie auf Herkunft zu reduzieren oder haben sie nicht ganz andere Ursachen? Und gleichzeitig aber auch differenzierter zu schauen, wo müssen wir Wege für die gelingende Integration und die Chancen erleichtern? Und da sind natürlich-, das ist das Thema Einbürgerung ein ganz wesentliches, das Dazugehören und dieses gemeinsame Wir-Gefühl. Aber es geht natürlich auch um die Frage, wie schaffen wir Zugangsmöglichkeiten und Partizipation, nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in unserer Gesellschaft. Und dort sind wir dann natürlich auch bei den diskutierten Themen Diversity-Strategien mit entsprechenden Vorschlägen voranzubringen, damit beides gelingt. Nämlich der Aufstieg, die Teilhabe und auf der anderen Seite Politik, die den Fokus genau richten kann, um dort, wo wir

Problembereiche haben, dann mit adäquaten und effizienten Maßnahmen die richtigen Antworten zu geben.

(Moderatorin) Vielen Dank. Die nächste Frage stellt Frau Marten, Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frau Marten, Sie haben das Wort.

(Frau Marten) Dankeschön. Ich würde die Vorsitzenden noch mal bitten-, ich weiß, dass das recht verkürzt ist. Sie haben ja auch immer wieder darauf hingewiesen, das ist sehr komplex. Aber wenn Sie jetzt Bilanz ziehen müssten, was seit 2015 richtig gut gelaufen ist in der Integrationsarbeit und wo Sie Verbesserungsbedarf sehen, wenn Sie das noch mal kurz so die für Sie wichtigsten Punkte nennen könnten? Da wäre ich Ihnen dankbar.

(Moderatorin) Herr Sridharan, Frau Çağlar, wer macht den Anfang?

(Ashok Sridharan) Derya, willst du anfangen? Oder-.

(Moderatorin) Gerne, Herr Sridharan.

(Ashok Sridharan) Das mache ich sehr gerne, Frau Marten. Also wir haben uns natürlich mit der Situation in den Jahren 2015, 2016 sehr intensiv befasst. Und was wirklich gut gelaufen ist und was ich auch als Oberbürgermeister, damaliger Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn feststellen kann und immer noch dankbar für bin, ist die enorme Hilfsbereitschaft, ehrenamtliche Hilfsbereitschaft der Menschen, die hier leben. Ich glaube, das war in vielen, in den meisten anderen Gebietskörperschaften und Kommunen war das genau so. Dass eine wahnsinnige Welle der Hilfsbereitschaft der Flüchtlingswelle sozusagen zur Seite getreten ist, und ohne das wäre das nicht zu bewerkstelligen gewesen. Wir sind damals aber auch überrascht gewesen. Das heißt, das, was wir im Bericht auch an mehreren Stellen zum Ausdruck kommt, dass wir gemeinsam besser darauf vorbereitet sein müssen und uns genau mit diesen Fragen befassen müssen. Wie sieht das aus mit der Bereitstellung von Wohnraum zum Beispiel? Und da können wir auch wieder auf das zurückkommen, was Frau Dernbach eben gerade gefragt hat. Das ist etwas, das betrifft natürlich nicht nur die Eingewanderten, sondern das betrifft auch die Menschen, die hier schon leben. Die ebenfalls darauf angewiesen sind, dass es preiswerten Wohnraum gibt und der eingebettet in eine nachhaltige Stadtplanung, wo es dann eben Betreuungsplätze für Kinder gibt, wo es Arbeitsplätze in der Nähe gibt, die mit öffentlichem Nahverkehr so verbunden sind, dass das dort auch gut funktioniert. Ich glaube, da können wir uns im Vergleich zu 2015, 2016 tatsächlich noch ein bisschen besser aufstellen. Bin aber ebenso fest davon überzeugt, Frau Marten, dass uns das bisher schon gelungen ist, hier zu deutlichen Verbesserungen zu kommen. Unabhängig davon enthält der Bericht nicht nur bei den Kernbotschaften, sondern auch und insbesondere bei-, im Text und bei den Empfehlungen hier sehr konkrete Vorschläge.

(Moderatorin) Vielen Dank. Frau Çağlar.

(Derya Çağlar) Genau. Der Hilfsbereitschaft kann ich mich aus Berliner Sicht auf jeden Fall auch anschließen. Die Bevölkerung hat 2015, 2016 die Geflüchteten mit offenen Armen, muss ich sagen, empfangen. Und auch wenn nicht alle Strukturen dem angemessen waren, damals hat man sich dem angenommen und versucht, entsprechende Änderungen vorzunehmen. Sei es, sei es bei, bei der Anerkennung der Abschlüsse, da die Beschleunigung da in Gang zu bringen, oder aber auch, wie auch mein Kollege gesagt hat, da die-, den Ressourcenkonflikt wie: „Die haben einen Kita-Platz bekommen, aber mein Kind, was hier schon auf die Welt gekommen ist, hat keinen.“

Und da, diese, die Herausforderung, beide Seiten zusammen zu führen, da dieses Wir-Gefühl zu schaffen. Das war und ist unsere Aufgabe der Kommission gewesen und, genau. Und dann viel, viel mehr, aber das würde jetzt auch den Rahmen sprengen.

(Moderatorin) Vielen Dank. Ich schaue in die Runde. Möchte jemand ergänzen? Das sehe ich nicht. Fragen sehe ich auch nicht mehr, zumindest digital. Eine analoge Frage noch, Herr Gathmann, Cicero.

(Herr Gathmann) Guten Tag. Ich möchte mich auch für den Bericht bedanken. Ich hatte leider noch nicht 48 Stunden Zeit, die Endfassung des Berichts zu lesen. Ich habe ihn jetzt erst seit einer halben Stunde in der Hand. Ich werde ihn aber auch, auch aufmerksam lesen. Ich habe aber abgesehen davon doch eine Frage. Die Kanzlerin hat vorher gesagt, die Arbeit sei weitgehend geräuschlos vonstatten gegangen. Zu dieser Kommission, vorher wurde gesagt, dass es-, aus diesem Bericht würde sprechen, dass die Mitglieder doch alle einer Denkschule angehören würden in ihrer Grundausrichtung. Nun ist aber, weil-, ich weiß, wie der-, die Arbeit in dieser Kommission tatsächlich lief, ist-, kann man doch feststellen-, und das ist vielleicht auch eine Erkenntnis aus dieser, aus dieser Arbeit-, dass es in dieser-, in der Migrationsforschung oder in der Forschung zur Integration doch unterschiedliche Denkschulen gibt. Und dass das auch deutlich geworden ist in den Konflikten, die in dieser Fachkommission stattgefunden haben. Nämlich dahingehend, dass es offenbar eine Ausrichtung gibt, die sehr stark die Bringschuld der Aufnahmegesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Forschung stellt und eine andere Denkschule, die eher die Bringschuld der Neuankommenden in den Mittelpunkt stellt. Können Sie das nachvollziehen?

(Moderatorin) Vielleicht sagen Sie noch dazu, an wen Sie die Frage richtet-, an wen sich die Frage richtet?

(Herr Gathmann) Wer will zuerst?

(Moderatorin) Da sehe ich Herrn Sridharan, der sich zu Wort meldet. Bitte schön, Herr Sridharan.

(Ashok Sridharan) Herr Gathmann, Sie haben die Frage ja schon aufgeworfen und Ihre Annahmen werden nicht richtiger dadurch, dass sie häufig wiederholt werden. Es ist so, dass die Kommission natürlich in vielen Punkten auch kontrovers diskutiert hat. Das sehe ich als Aufgabe einer solchen Kommission an. Es ging nicht darum, möglichst schnell eine einheitliche Meinung zu Papier zu bringen. Sondern es ging darum, die Fragen, die mit der Integrationsfähigkeit zusammenhängen, in ihrer Vollkomplexität dazustellen und zu erarbeiten, und dann zu einem Konsens zu kommen. Und das ist der Kommission gelungen. Es ist-, durch die Expertise der Mitglieder der Kommission sind so viele unterschiedliche Sichtweisen in die Diskussion eingebracht worden, dass wir einerseits von einander gelernt haben, andererseits aber auch von Anfang an darum bemüht waren, und das auch geschafft haben, einen Bericht vorzulegen, dem alle Mitglieder der Kommission zugestimmt haben. Und das ist so. Dieser Bericht, der heute übergeben wurde an die Bundesregierung, an die Bundeskanzlerin, ist einstimmig von der Kommission so verabschiedet worden. Und das war in der Tat mit, oder ist in der Tat, mit Diskussionen verbunden gewesen. Aber ich nehme an, dass das insbesondere auch bei Publikationen durchaus üblich ist. Und ich gehe auch davon aus, dass bei redaktionellen Publikationen, die eben über einen längeren Zeitraum her erstellt werden, erstellt werden, es natürlich so sein kann, dass man neue Aspekte zugetragen bekommt, die man dann in seinem Bericht auch würdigen möchte. Und genau das hat die Kommission getan, und zwar zu dem

Bericht einstimmig. Und ich halte es auch für, mit Verlaub, wirklich unangebracht, jetzt hier einzelne Mitglieder der Kommission wegen der in der Diskussion vertretenden Auffassung, nahezu an den Pranger zu stellen. Das geht so nicht und dem möchte ich auch vehement widersprechen.

(Moderatorin) Frau Çağlar hatte sich noch gemeldet.

(Derya Çağlar) Genau. Es gibt in jeder perfekten Ehe auch Meinungsverschiedenheiten, so. Und wir waren 25 Menschen, 25 Menschen aus anderen Ressortbereichen. Wissenschaftler, Praktiker. Und ich habe ja auch eingangs gesagt, und auch mein Kollege, dass wir verschiedene Expertisen hatten. Natürlich gibt es da Diskussionspunkte, wo wir nicht sofort gleich denken. Deswegen haben wir ja darüber kontrovers auch diskutiert. Und das nicht nur in den ersten paar Monaten, sondern kontinuierlich bis vor ein paar Monaten noch. Und deswegen ist es umso erstaunlicher, wenn Sie sagen, ich weiß, wie gearbeitet wurde. Weil in dieser Kommission waren nur wir 25. Und die Geschäftsstellen und die Ressorts. Das heißt, außer uns kann keiner wissen, wie das da abgelaufen ist. Nur vom Hörensagen. Oder wie auch immer was weitergegeben worden ist. Und das verurteile ich aufs Schärfste, auch im Namen der Mitglieder dieser Kommission, weil das hat auch natürlich unser Vertrauen zueinander kurzzeitig erschüttert. Aber wir haben weiter gearbeitet an dem Bericht, den wir sowieso an dem weiter gearbeitet hätten. Auch wenn jetzt in der Presse ein, eine Fassung vom Juni oder September aufgetaucht ist, die nicht aktuell war und die auch nicht die Endfassung war. Und das ist mir noch mal wichtig hier zu sagen. Das, was Sie heute in der Hand halten, ist das, was dabei rausgekommen ist. Natürlich mit kontroversen Diskussionen, worauf wir auch vorbereitet waren von Anfang an. Deswegen sind da ja auch mein Kollege und ich in der Moderation gewesen, um entsprechende Meinungen dann aber auch so zu kristallisieren, dass wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen und einheitlich nach außen gehen. Und das, denke ich, haben wir auch heute gezeigt und mit diesem Bericht heute vorgelegt. Vielen Dank.

(Moderatorin) Staatssekretär Kerber.

(Markus Kerber) Vielen Dank. Weil der Begriff der Denkschule noch mal von Herrn Gathmann angesprochen wurde. Mir geht es um den, auf der Seite 17 im letzten Abschnitt zu lesenden Satz, der da lautet: „Trotz unterschiedlicher Sichtweisen in einzelnen Punkten, tragen die Mitglieder der Fachkommission den Bericht in der vorliegenden Form gemeinsam.“ Punkt. Das meine ich ist eine einheitliche Denkschule. Das heißt, man trotz unterschiedlicher Meinung, geht man bei dem Thema an eine-, in eine weiterführende Richtung, indem man sagt Leute, lest diese 240 Seiten. Auch wenn bei unterschiedlichen Punkten, ist doch völlig normal, vielleicht in Nuancen unterschiedliche Meinungen haben. Wir stellen uns mal vor, wir würden jetzt 25 Epidemiologen und Virologen in eine Fachkommission bündeln und mit dem Auftrag versehen, entwickelt uns die allein seligmachende COVID-Strategie. Da wäre ich mal gespannt, was dabei rauskommt, wenn Sie 25 Fachleute zusammenbinden. Dafür, finde ich, hat diese Kommission hier exzellent gearbeitet. Wie das in den Sitzungen lief, ich habe keine Ahnung. Es interessiert mich nicht. Wir lesen diesen Bericht, dieses Ergebnis und wir sollten nun wirklich nicht über Formfragen uns vom Inhalt hier ablenken lassen. Diese 240 Seiten verdienen es, gelesen, diskutiert, disputiert, bestritten, gestritten und weiter entwickelt zu werden. Darum geht es doch. Es gibt keinen Fortschritt ohne Streit in der Sache. Aber dass sich alle einig waren, dass dieser Bericht eine Gemeinschaftsmeinung ist, das ist doch der großer Fortschritt.

(Moderatorin) Staatsministerin Widmann-Mauz.

(Annette Widmann-Mauz) Ich will auch ganz deutlich sagen. Die Bundesregierung hat die Kommission ganz bewusst sehr heterogen zusammengesetzt. Weil sie die Vielfalt nicht nur der Meinungen, sondern auch die Vielfalt im Diskussionsprozess in unserer Gesellschaft abbilden will. Und wenn ich das Bild von Herrn Kerber mit den Virologen ergänzen darf. Wir hätten noch nicht mal-, das ist keine Kommission gewesen nur von Virologen. Sondern da hätten-, hier saßen Expertinnen und Experten der unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen zusammen. Sozialwissenschaftler, Juristen und viele andere mehr. Es wäre noch um ein Vielfaches, ja, vielfältiger in der von Ihnen angesprochenen Kommission, wenn dann noch die Wirtschaftswissenschaftler, die Volkswirte und andere in diese Virologenkommission mit diskutiert hätten. Also es ist genau das, was wir sehr bewusst auch in der Zusammensetzung angelegt haben. Und umso wertvoller ist das Ergebnis, das uns heute vorgelegt wird.

(Moderatorin) Bundesminister Heil, bitte.

(Hubertus Heil) Ganz herzlichen Dank. Egal, wie man den Begriff Denkschule jetzt anwendet. Auch Menschen unterschiedlicher Denkschulen und Professionen und Expertisen und Zugängen können sich miteinander unterhalten. Und manchmal auch streiten. Herr Gathmann, es ist kein Betriebsgeheimnis. Wissen Sie, ich bin Mitglied in einer Partei, die gerne diskutiert und auch mal streitet. Und ich weiß auch von Koalitionspartner CDU/CSU, dass zum Beispiel über das Thema Migration in letzten Jahren herzlich diskutiert wurde, um es ganz freundlich zu formulieren. Und so geht es ja der gesamten Gesellschaft. Diese Kommission hat, davon bin ich überzeugt, zu wesentlichen Fragen der Gesellschaft, die ja auch polarisiert haben, Vorschläge gemacht, die integrierend wirken für den gesellschaftlichen Diskurs und die praktische Umsetzung. Und dafür ist es mir wichtig zu sagen, dass die Annahme, die Sie, glaube ich, in Ihrem Bericht im Dezember getätigt haben, die Kommission sei gescheitert, ganz massiv durch den heutigen Bericht, den Sie ja noch lesen wollen, widerlegt wird. Also ich will noch mal deutlich sagen an dieser Stelle. Das einzige sozusagen, was eine Denkschule ist, die hier alle verbindet, unabhängig davon, dass sie dem Thema aus unterschiedlichen Gründen verbunden sind, ist, dass das hier Demokratinnen und Demokraten waren. Und Demokratinnen und Demokraten streiten um den besten Weg, die Lösung. Und da gibt es nie eine perfekte. Und natürlich gibt es Wissenschaft, es gibt auch Meinung, ist doch vollkommen klar. Und das war bewusst von der Bundesregierung als diverse Zusammensetzung der Kommission mit großer Expertise aus Praxis und Wissenschaft zusammengesetzt. Und deshalb will ich jetzt noch mal deutlich sagen. Das, was die Vorsitzenden gesagt haben, dem schließe ich mich als jemand, der diese Kommission nicht selbst aktiv im Sinne von Teilhabe begleitet hat, sondern viel Unabhängigkeit da zugelassen hat. Aber die Bundesregierung hat die Kommission gemeinsam eingesetzt. Und ich werde jedes Mitglied dieser Kommission, auch wenn das nicht meine Meinung ist, in Schutz nehmen vor Anfeindung, die da auch stattgefunden haben. Das gehört sich nicht, um das mal deutlich zu sagen, was da an Dingen auch berichtet wurde. Meinungsstreit ist gut, aber ist das Ringen um die besten Lösungen. Und das ist dieser Kommission, das will ich sagen, gelungen. Um das noch mal ein bisschen deutlicher zu sagen.

(Moderatorin) Vielen Dank. Wir sind schon vorangeschritten in der vorgesehenen Zeit. Deswegen bitte ich diejenigen, die jetzt noch Fragen haben, das direkt über die Pressestellen zu machen, bedanke mich ganz herzlich und möchte noch mal darauf hinweisen, dass es heute auch noch

eine Fachveranstaltung gibt, die auch über Livestream verfolgt werden kann. Herzlichen Dank.

(Annette Widmann-Mauz) Danke schön.

(Ashok Sridharan) Vielen Dank.